

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzel-Nummer 60.— Mk. Durch Austräger
100.— Mk. pro Woche. Durch die Post 900.— Mk. pro Monat und
Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgesellschaft.
Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach-
konto Nr. 810 59. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8837

Donnerstag, 8. Februar 1923

Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Millimeterzeile ober
deren Raum 50.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familien-
nachrichten, Vereins- und Besammlungsanzeigen 15.— Mk. Kleine
Anzeigen per Wort 2.— Mark. — Reklame: Die Mill-
imeterzeile 3 gespaltene ober deren Raum im Text 150.— Mark.

Die Kommunisten und die Gewerkschaften.

Manifest des Parteitages der KPD. an die Mitglieder des AOB. und des Ufa-Bundes.

Klassengenossen und -genossen!

Was wir vor Jahr und Tag den Arbeitern sagten, hat sich im letzten Jahre in aufreizender Weise als richtig herausgestellt. Wir haben Euch nach der November-Revolution gesagt, daß die „Arbeiterführer“, die heute gegen die Revolution kämpfen, morgen und übermorgen den Kampf für ein Stück Brot labotieren werden.

Daß wir die Wahrheit gesprochen, hat sich erwiesen im Jahre 1922, als der AOB. und der Ufa-Bund den Eisenbahnern, die um Erhöhung ihrer fröhligen Gehälter kämpften, so schmächtig in den Rücken fielen und ihre Niederlage veranlaßten.

Das hat sich erwiesen, als der AOB. unter dem Druck Eures Willens nach dem Nord an Rathenau das Berliner Abkommen schloß, um es dann, als die Erregung etwas nachgelassen, wieder schmächtig zu verraten.

Das hat sich in standalber Weise gezeigt als die 30 000 Sklaven des Anilinkapitals in Ludwigshafen einen aufgewundenen Abwehrkampf führten.

Dieselben Gewerkschaftsführer, die immer offener und brutaler die Interessen des Proletariats verraten, die noch nicht ein einziges Mal gewagt haben, die richtige Macht der Gewerkschaften einzusehen für die Klasseninteressen des Proletariats, jögern heute den Rücken der Gewerkschaften zu mobilieren wenn es das Interesse des bürgerlichen Klassenstaates erfordert.

Das zeigt gerade gegenwärtig jeder Tag aufs Neue. Die Gewerkschaften sprechen vor keinem Opfer — das ihr zu bringen habt — und vor keinem Verrat zurück, wenn es das Profitinteresse des Stinnes-Kapitals so will. Der Geist von 1914 ist in den Herrschaften so lebendig, als wäre Krieg, Niederlage und Revolution nie gewesen. Wäre die deutsche Bourgeoisie noch gerüstet, könnte sie den Kampf gegen den französischen Imperialismus wagen, dieselben Gewerkschaftsführer würden die Arbeiter heute genau so zur Schlachtbank treiben, wie sie es im „großen Kriege“ getan haben. Da Deutschlands Bourgeoisie aber militärisch ohnmächtig ist, machen sie heute in Pazifismus, in soweit und solange das der Regierung genehm ist. Sie ist diesen „Arbeiterführern“ der Wunsch einer bürgerlichen Regierung wehlich.

Die Gewerkschaften wünschen die nationale Einheitsfront!

Und die Führer des AOB. machen mit Eifer in nationaler Einheitsfront. (Natürlich mit dem Bürgertum einschließlich der Deutchnationalen. Mit Kommunisten, Unwissenden und Unlängigen) haben sie nach ihren eigenen Worten nichts zu schaffen.)

Die Gewerkschaften wünschen Generalstreik!

Und die Führer des AOB. geben sich alle Mühe, im Ruhrgebiet eine nationalistische Streikbewegung zu entfachen. Ihr Eifer flaut aber sogleich ab, als die Streikbewegung in einer Klassenauseinandersetzung zu werden drohte.

Die Gewerkschaften wünschen einen nationalen Streikfonds!

Und die Führer des AOB. befehlen sich, die Arbeiter zur Leistung eines Stundenlohnes pro Woche aufzufordern.

Das sind dieselben Gewerkschaftsführer, die die Arbeiter aufforderten, für den Betriebsratskongreß keinen Pfennig beizusteuern und die mit allen Mitteln die Sammlungen für die Klassengenossen in Ludwigshafen zu hintertreiben versuchten und die in Ludwigshafen eingegangene Gelder der Streikleitung bis zum heutigen Tage vorenthalten.

Bei einer solchen Praxis der Gewerkschaftsführer war ein wachsender Gegensatz zu den klassenbewußten Mitgliedern ganz unausweichlich. Diesen Gegensatz suchen sie durch eine wohlorganisierte verlogene Kommunistenhebe zu verschleiern. Um die richtigen Mahnen und Kritik los zu werden, sprechen sie auch vor Spaltungen der Gewerkschaften nicht zurück. Das beweist die Geschichte der ausgeschlossenen Bauarbeiter in Chemnitz, das beweisen die Vorgänge im Landarbeiter-, im Eisenbahner-, im Bergarbeiter- und in einer Reihe anderer Organisationen.

Auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg (1919) wurde beschlossen, daß sich die Gewerkschaften zu den drei Arbeiterparteien neutral verhalten sollen.

Die lokalen und zentralen Gewerkschaftsführer kümmern sich jedoch in der Praxis nicht im geringsten um ihren eigenen Beschluß. Sie betrachten die Gewerkschaften als Werkzeug der KPD. und probieren die kommunistischen Mitglieder bei unzähligen Gelegenheiten. Bei den schändlichen Verhandlungen wurde ganz offen die Finanzen der Gewerkschaften und die organisatorischen Einrichtungen der KPD. zur Verfügung der KPD. zur Verfügung gestellt. (Sobers war's in Leipzig bei den Reichs-, Bundes- und Provinzial-Landtagswahlen am 19. November u. J. Red. d. „Schl. Arb.-Ztg.“) Die Bürokratie des Deutschen Landarbeiterverbandes im Gau Magdeburg ging soweit, daß sie in einem Rundschreiben den Landarbeitern sagte: „Die KPD. ist eure Partei, sie ist die Partei der Gewerkschaften.“

Die Preisgabe der Arbeiterinteressen im Interesse der bürokratischen Koalitionspolitik bedeutet

eine ungeheure Gefahr für die Gewerkschaften.

Es heißt das Fundament der Gewerkschaften zerstören, wenn die Spitzen des AOB. trotz des Beschlusses des Reichstages Gewerkschaftskongresses (1922) die Tätigkeit in den Arbeitergemeinschaften unberührt und schamlos ausüben als jemals. (Siehe Aufforderung des AOB. zu Sammlungen zum Internationalen Streikfonds).

Es heißt das Fundament der Gewerkschaften zerstören, wenn die Gewerkschaftsbürokratie in einer Front mit dem Unternehmertum die Betriebsratsbewegung bekämpft, wenn Gewerkschaftsmitglieder, die am Betriebsratskongreß teilgenommen, vom Unternehmertum und von der Gewerkschaftsbürokratie mit der gleichen Begründung gemahregelt werden.

Der Wiederaufbau des Kapitalismus. Auf den Leichen gemordeter und verhungertes Proletariats wächst riesengroß der Kapitalismus in die Höhe.



PROLETARIAT! WOLLT IHR NOCH LANGER ZÖGERN UND DULDEN? WACHT AUF!!

Es heißt das Fundament der Gewerkschaften zerstören, wenn die Gewerkschaften sich in einen Kampf wie der der Pfälzer Anilinarbeiter offen auf die Seite der Kapitalisten stellen und durch ihren Verrat die Niederlage der Arbeiter herbeiführen.

Gewerkschaftsmitglieder!

Die unmittelbaren Folgen dieses sorglosen Verrats sind wachsende Empörung auf der einen und Interessenlosigkeit auf der anderen Seite. Die Wirkung der Gewerkschaften liegt auf der Hand.

Rechtungsloser Verrat oder Zusammenstoß der Faschisten. das wird das Geschick der Gewerkschaften sein, wenn es nicht gelingt, sie wieder zu Organen des proletarischen Klassenkampfes zu machen.

Was ist zu tun?

Der Gedanke, durch Austritt aus den Gewerkschaften und durch Gründung neuer Organisationen den ansehnlichen Zustand zu bessern, ist sinnlos.

Unerbittliche Erfahrungen im In- und Ausland haben bewiesen, daß mit dem Weglaufen aus den Gewerkschaften die Position der reformistischen Bürokratie nicht erschüttert und den Interessen der Arbeiterklasse nicht genützt wird.

Wo die Gewerkschaftsmitglieder fähig und stark genug sind, neue Organisationen aufzubauen, sind sie erst recht imstande, innerhalb der bestehenden Gewerkschaften Ordnung zu schaffen.

Gehört auf die Erfahrungen der ganzen Welt ruft der Parteitag den organisierten Arbeitern zu:

bleibt in Euren Gewerkschaften! Sorgt dafür, daß den Reformisten das Handwerk gelegt wird.

Den Unorganisierten, allen, die aus Verdränger beiseite getreten sind, ruft der Parteitag zu:

Gleitet in die Gewerkschaften! Stellt Euch in Reih und Glied und kämpft mit Euren Klassengenossen, damit die Gewerkschaften wieder zu einem Organ im Befreiungskampf des Proletariats werden.

Die Geschlossenheit der Gewerkschaften ist nötiger als je. Die Schützen und Stinnes sind eingeschlossen, den Achtstundentag — folte es, was es wolle — zu bekämpfen. Die Faschistenbewegung wird immer gefährlicher, das Glend immer unerträglich.

Wer in dieser Situation direkt oder indirekt die Spaltung einer Gewerkschaft herbeiführt, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung.

Nur die Kapitalisten, nur die Regierung und ihre Handlanger haben ein Interesse, die Revolutionierung der Gewerkschaften zu verhindern, und wenn das nicht gelingt, sie zu spalten. Eure Interessen erfordern die Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land. Deshalb wird die kommunistische Partei ungeachtet aller Schmähungen und Verleumdungen für die einheitliche proletarische Kampffront, deshalb sind wir für die

Eroberung und nicht für die Zerstörung der Gewerkschaften. Deshalb bekämpfen wir die Spaltung, deshalb treten wir dafür ein, daß ausgeschlossene Mitglieder und Ortsvereine (von der ersten Stunde an den Kampf zu führen haben für ihre Wiederaufnahme.

Gewerkschaftsmitglieder!

Die Kraft der kommunistischen Partei reicht allein nicht aus, um eine Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern. Das kann nur gelingen, wenn jeder von Euch in den Organisationen seine Pflicht erfüllt, wenn jeder von Euch dazu beiträgt, daß die Gewerkschaften wieder zu dem werden, was sie in ihrer besten Zeit gewesen sind. Blickt nach Italien, wo die Reformisten die Gewerkschaften den Faschisten in die Hände lieferten, und Ihr werdet begreifen, daß Ihr keine Stunde mehr länger gleichgültig und unätig bleiben dürft.

Kämpft gegen die Arbeitsgemeinschaft!

Erzwingt, daß in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Politik Eure aktive Mitwirkung gestellt wird!

Erzwingt die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Einzelmitglieder und Ortsgruppen!

Kämpft gegen Feuerung und Glend auf der Grundlage des Programms des Reichsbetriebsräte-Kongresses!

Fordert die Einziehung aller Machtmittel der Gewerkschaften zum Kampf gegen die großbürgerliche Gewerkschaftsregierung!

Kämpft und agitiert für eine Arbeiter-Regierung!

Wir sagen es Euch offen, der Weg, den wir Euch weisen, fordert große Opfer. Aber er ist der einzige Weg, der ins Freie führt. Der einzige, durch den es Euch möglich ist, dem Glend zu entrinnen, das Euch, Eure Weiber und Kinder zu verschlingen droht.

Es ist noch nicht lange her, da liebten es die Gewerkschaftsführer, Euren revolutionären Entschlüssen mit häßlichen Hinweisen auf die schwierige Lage in Sowjet-Rußland zu begegnen. Heute rufen wir Euch zu: Blickt nach Sowjetrußland! Studiert die Geschichte seiner heroischen Revolution und Ihr werdet finden, daß der Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern gingen, der einzig richtige war, daß dies der Weg ist, den auch Ihr gehen müßt, wenn Ihr aus dem Glend herauskommen wollt. In Sowjet-Rußland geht es, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, vorwärts und aufwärts.

Klassengenossen. In einer Stunde, wo die Faust des französischen Imperialismus auf dem Herzen der deutschen Wirtschaft lastet, ist es nützlich, zu fragen, weshalb hat das arme, gekümpfte, vom Bürgerkrieg geschüttelte Sowjet-Rußland die Kraft gehabt, sich all seiner zahlreichen inneren und äußeren Feinde zu erwehren? Die Antwort ist: Weil die russischen Arbeiter und Bauern niemals die Bahn des Klassenkampfes verlassen haben, weil die rote Fahne unbedeckt blieb, deshalb lernten die französischen und englischen Soldaten die Mühsal ihrer Gewehre, als man ihnen in Obeisa und Archangel befahl, auf die rote Fahne zu schießen. Die Augenwendung für Euch liegt auf der Hand. Die Voraussetzungen für den Sieg des deutschen Proletariats über den französischen Imperialismus ist der Sieg über die eigene Bourgeoisie, der Sturz der Gewerkschaftsregierung und die Errichtung einer Arbeiter-Regierung.

Wollt Ihr Euch von unerträglichem Glend befreien, so sammelt und organisiert Eure Kräfte auf der ganzen Linie.

Wollt Ihr Eure Organisation widerstandsfähig und feige machen, so laßt keine Stunde, die Verdränger in Euren eigenen Reihen schonnungslos zu bekämpfen.

Die Erroberung der Gewerkschaften, Euer Sieg über die Reformisten wird der Sieg über die deutsche Bourgeoisie sein und Euer Sieg über die deutsche Bourgeoisie wird Euch den Sieg über den französischen Imperialismus verschaffen.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Nicht für die „Ruhrhilfe“ sondern für den Klassenkampf im Ruhrgebiet haben die Gewerkschaften Rußlands die 2 Milliarden Mark gesandt.

Die bürgerliche Presse schwingt in den Reihen des Kleinbürgertums und des Proletariats den Klingelbeutel, um für die „Ruhrhilfe“ zu sammeln. Die Proleten des übrigen Deutschland sollen wie wir bereits geklärt gemeldet haben, selbst die Löhne aufbringen für die Arbeiter des Ruhrgebiets. Auf diese Art und Weise unterstützen sie die Kapitalisten des Ruhrgebiets.

Um den Bettelstich zu füllen, leisten sich die bürgerlichen Presseorgane ein großes Fasschen. Sie lügen dem Proletariat vor, daß auch Sowjet-Rußland 2 Milliarden für die Ruhrhilfe gegeben hätte. Das ist ein raffiniertes Manöver, um die Proleten einzufangen. Denn Sowjet-Rußland, bzw. die Gewerkschaften Rußlands haben die 100 000 Goldrubel bzw. 2 Milliarden Papiermark nicht für die Ruhrhilfe gespendet, für diesen nationalistischen Korruptionsschund, von dem die Unternehmer und die Hitlergardien unterstützt werden.

Sondern für den Klassenkampf in Deutschland bzw. im Ruhrgebiet.

Während die Gelder der „Ruhrhilfe“, des „Kollapsopfers“ und der „Ruhrhilfe“ eigentlich von den Unternehmern „verwaltet“ und „entsprechend verwendet“ werden, spenden die Gewerkschaften Rußlands die zwei Milliarden Mark für den vom Reichsausschuß der Betriebsräte Deutschlands gegründeten Kampffonds.

Diese 2 Milliarden sollen verwendet werden zur Unterstützung der Klassenkämpfer und des Klassenkampfes an der Ruhr, denn die Unternehmer werden es ablehnen, den „lieben Brüdern an der Ruhr“ aus den Mitteln der „Ruhrhilfe“ auch nur einen Pfennig Lohn oder Gehalt zu geben, wenn die „lieben Brüder“ den Kampf gegen die Wucherer, gegen die Hyänen des Glucks, gegen die eigenen Gewalthaber, gegen die eigenen Bajonette aufnehmen.

Und daß im Ruhrgebiet die nationale Front gegen den „äußeren Feind“ sich gewandelt hat zu einer Klassenfront gegen den „inneren Feind“, gegen den Feind im eigenen Land, als gegen die „Großsäckebehalter“, die das Proletariat bis aufs Hemd auszulindern, daß diese Klassenkampffront wächst, hat der Sozialdemokrat Kurt Heinz im „Vorwärts“ angegeben.

Zur Unterstützung aller der an dieser Klassenfront kämpfenden — und die 2 Milliarden Mark dem Reichsausschuß der B. R. Deutschlands von den Gewerkschaften Rußlands gesandt worden.

Je nach Bedürfnis — „ungünstig“ oder „zufriedenstellend“.

Nach dem „Berliner Tageblatt“ hat der Reichslangier Cuno in der Ansprache mit den Parteiführern am Freitag sich insbesondere auch mit der Ernährungs- und Kohlenlage beschäftigt. „die er als zufriedenstellend bezeichnet.“

Wie man es schon irren kann! Bis vor verhältnismäßig ganz kurzer Zeit konnte man Tag für Tag aus der bürgerlichen Presse entnehmen, daß die Kohlenlage Deutschlands außerordentlich schwierig ist. So schwierig ist sie, daß man ohne Ueberdächten schweren Katastrophen entgegenstehe. Und die Gewerkschaftsführer waren felsenfest davon überzeugt, daß die „Kohlenlage“ das Verfahren von Ueberdächten dringend notwendig mache. Und aus nationaler Selbsterhaltung wandten sie alle Mittel an, um die Bergarbeiter in den Zustand des Ueberdächtenstommens hineinzudrücken.

So wurden Ueberdächtenabkommen percht, und mit den Ueberdächtenabkommen belam das deutsche Volk gewaltig erhöhte Kohlenpreise. Nun sagt uns der Cuno, daß trotz Ruhrbelegung, trotz Einschränkung der Produktion, trotz Verlehrsstörungen die Kohlenlage zufriedenstellend sei. Bei dieser „zufriedenstellend“ Lage liegen natürlich die Kohlenpreise auch. Willst du nicht Herr Cuno sich in der Ueberzeugung: Ob man sich so oder so „irrt“, die Preise liegen ja hoch!

Und vor kurzem, als es den Agrariern wieder nach sehr hart erhöhten Preisen gelaute, da wurde der Cessantisten aus „maßgebenden“ Kreisen der Landwirtschaft berichtet, die Ernährungslage in Deutschland sei wegen der unzureichenden Ernte sehr bedenklich. Die „bedenkliche Lage“ ermöglichte solch eine Preissteigerung. Nun versichert Herr Cuno, die Ernährungslage sei zufriedenstellend, obwohl die Entwertung der Mark weitere Versorgung aus dem Auslande unmöglich macht, obwohl mittlerweile die lockenden Salinengewinne das Verschleichen von Lebensmitteln aus Deutschland nicht nur nicht gehindert, sondern sogar gereizt hat, obwohl die Franzosa im besetzten Gebiet requisitieren — trotzdem zufriedenstellende Ernährungslage! Und die Lage läßt die Preise aller Nahrungsmittel reichhaltig emporschnellen. Dieselbe Erscheinung wie bei Kohlen. Ist die Lage ungünstig, dann hat man einen Grund für Preissteigerungen; hält man es für zweckmäßig, die Lage als „zufriedenstellend“ zu bezeichnen, auch dann steigen die Preise. Und wiederum kann Herr Cuno sagen: Ob man sich so oder so „irrt“ — die Preise steigen auf jeden Fall! Also ist es ganz gleichgültig, wie man sich „irrt“. Man kann sich „irren“ je nach Bedürfnis.

Der Deutsche Schiffahrtsbund gegen den Nationalismus.

Der Bundesrat des Deutschen Schiffahrtsbundes hat auf das Märkte die vom ADSB. herausgegebene Parole der nationalistischen Spitzengruppe abgelehnt und die deutschen Seelen aufgefordert, kein „Kollapsopfer“ herzugeben. Er hat gelobt, jeden Kampf um Interesse der Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu unterstützen.

Reichsparteitag der KPD. Bericht vom 2. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Sitzung Dienstag nachmittags.

Referat des Genossen Hedert.

Der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale hat zum zweiten Male in Moskau geragt, um Klarheit zu schaffen darüber, mit welchen Mitteln der Befreiungskampf des Proletariats durchgeführt werden kann. Zwar hat der Kongreß nicht so viele Sitzungen nötig gehabt wie der Weltkongreß der 3. Internationale. Denn die Klarheit, die der Weltkongreß für das Proletariat und seine Kämpfer schaffte, ist gleichzeitig Klarheit für die Rote Gewerkschaftsinternationale. Nachdem der Weltkongreß festgestellt hat, daß der Kapitalismus sich in einer Verfallsperiode befindet, war es für die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht mehr so schwierig, auch die Methoden zu finden, die den Kampf erleichtern sollen. Festgestellt wurde vom Kongreß, daß unsere Aufgabe der Einheitsfront richtig gewesen ist. Festgestellt wurde, daß

Der allgemeine Angriff des Weltkapitals

eingeleitet hat, um die Existenz des Proletariats nach unten zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Der Kongreß mußte nun unterlegen, warum die Amsterdamer trotzdem ihre bekannte Spaltungspolitik betreiben. Diese Politik resultierte aus der arbeitseigenen, feindlichen Einstellung der Amsterdamer, aus ihrem Glauben, sie könnten mit den Kapitalisten die Existenz der Arbeiterschaft sichern. Sie glauben die Arbeit gelöst durch die Opposition, und waren infolgedessen überall, wo es ihnen möglich war, die oppositionellen Elemente aus den Gewerkschaften. Aber der Kongreß machte nicht nur Feststellungen, sondern sagte auch was zu tun ist. Er sagt: Ihr müßt

nicht die Einheitsfront mit den Kapitalisten, sondern gegen die Kapitalisten

schaffen und die Durchführung des Kampfes erfordert unbedingt die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Das heißt uns zum Kampf gegen die Kapitalisten der Gewerkschaften, gegen die Amsterdamer. Darum verpflichtet uns der Kongreß zur Sammlung aller Proletarier im Kampf gegen die Kapitalisten. Gegenüber den Vorwürfen der Amsterdamer betonte der Genosse Sinowjew, in der Roten Gewerkschaftsinternationale sei keine Forderung vorhanden, die Gewerkschaften zu spalten. Er hat auch hervorgehoben, daß die Amsterdamer die alleinige Schuld tragen an der Spaltung der Gewerkschaften.

Der Kongreß hat genau formuliert, welche Aufgaben den einzelnen Ländern zu allen Genossen Hedert will dabei auf einige Beispiele des Kongresses besonders hin. Die Kommunisten dürfen sich nicht allein mit fernliegenden Aufgaben beschäftigen, sondern sie müssen vor allen Dingen auf die täglichen Kämpfe des Proletariats eingehen. Der Kongreß sagt auch, daß jeder der Kommunisten Mitglied einer Gewerkschaft sein muß. Nachdem der Kongreß die Pflicht eines jeden Kommunisten anerkannt hat, kann kein Amsterdamer mehr sagen, die roten Gewerkschaftler spalten die Gewerkschaften.

Wenn wir nun fragen, ob wir die Weisungen der Roten Gewerkschaftsinternationale befolgen müssen, so müssen wir sagen: Nein! Befolgen wir nicht in dem Maße, wie es nötig geworden wäre. Es ist deshalb überall Pflicht der Kommunisten, Gewerkschaftsorganisationen zu bilden und ständig nachzurufen, ob jeder revolutionäre Arbeiter in den Gewerkschaften seine Pflicht tut. Auch jeder der Angehörigen muß dahin streben, daß die Einheit der Gewerkschaften wieder hergestellt wird. Gegen jene, die die Arbeit unmöglich machen, muß streng vorgegangen werden.

Die ganze Arbeit der Ausgeschlossenen

muß so quartet sein, daß die Arbeit der Oppositionellen in den Gewerkschaften nicht bloß, sondern unterhalten und gefördert werden können. Wir müssen die Einheitsfront herstellen, damit wir die nötige Einheit gegen das Kapital anwenden können.

Der Kongreß nahm auch Stellung zu der wachsenden Arbeitslosigkeit

in den Ländern, die letzte ihrer Katastrophe aus dem Weltmarkt nicht mehr zu erlösen können. Eine andere Gefahr steht täglich vor uns: die eines neuen Krieges. Der Kapitalismus muß nach einem Ausweg, können die Kapitalisten das Proletariat nicht mehr weiter drücken, suchen sie durch einen neuen Krieg die Schwierigkeiten zu lösen. Der Kongreß verpflichtet darum alle roten Gewerkschaften, alle Kraft zusammenzunehmen, um die Arbeit der Bourgeoisie unmöglich zu machen. Der Kongreß hat gleichzeitig Richtlinien angelegt, wie dieser Kampf zu führen ist. Weiter macht er aufmerksam auf die Gefahr des Faschismus. Der Faschismus ist der Ausdruck des Verfalls des Kapitalismus. Er betont deshalb, Ihr müßt die Gewerkschaften zu Abwehrorganisationen machen.

Der Kongreß sprach auch über etwas, worin die Amsterdamer eine besondere Redensart haben. Der Kapitalismus verdrängt heute auch in anderen Teilen der Erde wieder auf die Beine zu kommen. Deshalb lenkt der Kongreß unsere Aufmerksamkeit auf

Die Kolonialländer.

wie der Kapitalismus die Scharten auszuweiten sucht. Er verpflichtet alle Gewerkschaften, in den Ländern mit Kolonien, ihre Tätigkeit besonders auf dieses Gebiet zu konzentrieren. Ich las kürzlich in einer deutschen sozialdemokratischen Zeitung, daß sich der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale mit den Organisationen der Kolonialländer beschäftigt. Leider haben die Beisitzer noch keine Organisation. Aber wir haben uns gefasert um die Organisation der einzelnen Gewerkschaften. Die heute ebenfalls schon mit anderen Organisationen der farbigen Proletarier dem Kapitalismus die Faust entgegenstecken. Das Zusammenarbeiten der Roten und der farbigen ist ebenfalls ein wichtiger Faktor im Kampf gegen den Kapitalismus. Auch auf die Gewerkschafts- und Jugendorganisationen lenkt der Kongreß unsere Aufmerksamkeit, um sie in den gigantischen Kampf gegen den Kapitalismus zu benutzen.

Gehen wir nun die Tagesordnung des Kongresses durch, so brauchen wir das erste Thema, des Arbeiters aller Länder zu helfen, die revolutionären Elemente zusammenzuführen zum erhellten Kampfe für die Befreiung der Massen. Wir brauchen uns jedoch nicht zufrieden geben mit Resolutionen, mit Feststellungen etc. Wir müssen vor allen Dingen auch durchzuführen, was uns vom Kongreß empfohlen wurde. Wie war es bisher damit in

Deutschland?

Der Kongreß macht uns den Vorwurf, daß wir unsere Arbeit nicht ernst genug ansetzen. Wir müssen deshalb die revolutionären Arbeiter zunächst in Fraktionen, die Stellung nehmen zu allen Fragen, und die auch den Forderungen, sich durchzusetzen. Das ist keine leichte Aufgabe. Wir haben in Deutschland dafür noch viel zu tun. Ein heftiger Strom von Sympathisierenden fließt auf uns. Wir müssen diese Massen heranzuführen, sich uns anschließen, damit sie mitkommen für unsere Ziele. Wir müssen in diesen Organisationen die größte Klarheit schaffen über unsere Aufgaben. Wir haben uns bemüht, z. B. in der Union der Hand- und Kapfabriker, tiefe

Gegenliebe aus der Welt zu schaffen und die Tendenzen, die unsere Arbeit eventuell hätten behindern können, aususchalten. Der Kongreß sagt, wir müssen in Deutschland einen

Arbeitsausschuß aller revolutionären Organisationen

schaffen. Er soll ein Aktionsprogramm fertigstellen für unsere zukünftige Arbeit. Der Kongreß sagt weiter, Ihr müßt die Aufgaben mit durchführen, wenn Ihr eine tiefe Durchbildung aller eurer Kräfte vornehmt. Wenn Ihr nicht das geistige Fundament habt, werdet Ihr niemals die Aufgaben, die notwendig sind, durchführen können. Wir müssen deshalb einen guten Stamm von Funktionären heranzubilden, auch eine Verpflichtung hat uns der Kongreß auferlegt, die Beachtung der

Betriebsrätebewegung,

damit sie nutzbar gemacht wird, mehr wie bisher für die Befreiung des Proletariats. Eine weitere Schritt, die Arbeitsstellen, müssen mehr wie bisher beachtet und organisiert werden. Sie sind heute noch in unseren Reihen ein ganz kleiner Teil. Und gerade auf sie stützen sich heute die Nationalsozialisten und ihre Anhänger.

Die Amsterdamer Internationale verlagert heute, wie wir das schon vorher gesagt haben, vollständig. Sie unternimmt nicht nur keine Aktion, sondern sabotiert auch jede Aktion von unserer Seite. Wohin diese Einstellung der Amsterdamer führt, das haben gerade die letzten Tage bewiesen. Sie sind den Arbeitern überall in den Rücken gefallen. Und bei der Ruhrbelegung, z. B. sammeln sie sogar Gelder für die nationalistische Bewegung. Dieser Geist bedingt, wenn wir ihn dulden, den Untergang der Arbeiterschaft. Darum müssen wir ihm mit aller Schärfe entgegenzutreten, damit wir die deutschen Arbeiter zuammenbringen in eine Einheitsfront zum Siege unserer revolutionären Sache.

4. Verhandlungstag. (Vormittagssitzung.)

Genosse Weck eröffnet die Sitzung. Der Morgen soll ausgefüllt werden mit der

Discussion über die Gewerkschaftsfrage.

Geheiß-Berlin:

Wir müssen uns bei den Aufgaben, die der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale uns stellt, der Arbeit unserer französischen Genossen erinnern. Ihre Arbeit in der letzten Zeit gegen den Kapitalismus war hervorragend. Sie haben heroisches geleistet. Die Arbeit der deutschen Gewerkschaftsführer ist das Gegenteil von einer Vereinerung der proletarischen Interessen. Als Beispiel führt der Genosse Geheiß eine Auslösung der Reichsarbeitsgemeinschaft für land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen in der „Deutschen Tageszeitung“ an. Die bemerkenswerten Stelle darin lautet:

„Die durch die allem Völkerrrecht hohnsprechende Belegung des Ruhrreviers mit ihren unabsehbaren Folgen schaffende Lage erfordert geteilt ein einmütiges Zusammenstehen des ganzen deutschen Volkes. Innere Kämpfe können wir jetzt weniger denn je vertragen. Nur ein einziges Handeln des deutschen Volk kann und wird diese Schicksalsstunde siegreich bestehen. Daher richtet der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft das Ersuchen an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, alles zu tun, um die Verhandlungen möglichst bald zum Abschluß zu bringen, um das gemeinsame Zusammenarbeiten zu fördern. Es ist das ganz besonders dringend geboten, damit in dieser schweren Zeit die Frühjahrsvorbereitungen wie auch überhaupt die landwirtschaftliche Produktion gesichert wird.“

Man sieht also hier das Zusammenarbeiten der Gewerkschaftsbürokratie im Sinne des Wirtschaftsriedens. Auch im Deutschen Eisenbahnerverband hat man eine sogenannte „Abwehrkommission“ geschaffen. Sie formuliert erstens, daß keine deutschen Kohlen ausgeführt, zweitens kein französisches Militär nach Deutschland hereinbefördert wird. Die Kommunisten haben keine Veranlassung, in solche Abwehrkommissionen einzutreten. Die Arbeitgemeinschaften sollten vielmehr Veranlassung nehmen, Abwehr zu üben und Abwehrkommissionen zu bilden gegen die ungezahlten Wucherer und Schieber, die dem deutschen Volk das Brotgetreide und die sonstigen Nahrungsmittel verteuern. Wir werden durch die Beschlüsse, die auch vom Kongreß gefaßt wurden, immer mehr an die Massen heranrücken. Aber dazu müssen wir unsere Fraktionen besser durchleiten. Im Eisenbahnerstreik haben wir einen glücklichen Vorstoß bei den Beamten gemacht. Aber wir haben heute noch in keinem Bezirk auch nur nennenswerte Hilfe durch Beamte. Das muß anders werden. Die Vereinerung gerade in diesen Kreisen nimmt so reichend zu, daß wir schließlich bei einiger Anstrengung auch bei ihnen tatkraftige Unterstützung finden.

Weher-Berlin:

Es ist wohl das erstmal, daß sich ein Parteitag voll hinter die Beschlüsse der Roten Gewerkschaftsinternationale stellt. Wir begrüßen den Antrag, der jedem Kommunisten die Mitarbeit in den Gewerkschaften zur Pflicht macht. Geheiß machte schon darauf aufmerksam, daß in den Gewerkschaftsleitungen zum Teil die Arbeit der Faschisten besorgt wird. Wenn wir jedoch wirklich praktische Arbeit leisten wollen, müssen in allen unseren Organisationen ein brüderliches Verhältnis herstellen. Ich sage deshalb, der Parteitag muß ausprechen, daß sich jeder Kommunist den Beschlüssen unbedingt zu fügen hat. Genosse Weher empfiehlt dann den Antrag II zur Annahme.

Stenzel-Berlin:

Die wichtigste Frage ist für uns die Aktivierung der Gewerkschaftsfraktionen. Das Verhältnis zwischen Partei und Fraktionen ist kein so gutes, wie es nötig wäre, um die Kräfte für unsere Arbeit voll auszunutzen. Die Fraktionen leben vielfach ihre Aufgabe darin, nur gewerkschaftlich zu arbeiten. Mit den ungewerkschaftlichen Mitteln kommen wir nicht weiter. Wir müssen erkennen, daß die Fraktionen politische Grundpunkte sein müssen. In einigen Bezirken sind zwar mehrere Parteien des ADSB in unserem Besitz, sie haben jedoch bisher fast nur gewerkschaftliche Aufgaben geleistet. Wenn wir das ändern, wird unsere Arbeit in Zukunft in den Gewerkschaften wertvoller sein. Die mangelnde Aktivität unserer Fraktionen ist auch mit Schuld an der Parole: Heraus aus den Gewerkschaften!

Ein Wort zum Einheits- oder Industrierverband.

Es wird von den Behältnissen abhängen, wie in jedem einzelnen Falle gearbeitet werden muß. Wir müssen uns jeder vorliegenden Situation anpassen, so lauten auch die Beschlüsse des Kongresses. Die Aufgabe der selbständigen Verbände muß darin bestehen, die Opposition in den Gewerkschaften tatkraftig zu unterstützen. Sie müssen in enger Verbindung mit den Arbeiterparteien in den Gewerkschaften arbeiten. Wir müssen auch diesen Verbänden, z. B. der Union in Berlin, ein selbständiges Gebiet verschreiben.

Reinhardt, Vertreter der KOB:

In der Gewerkschaftsfrage brauchen wir uns nicht mit allgemeinen Angelegenheiten zu befassen. Das hat der Kongress erledigt. Es handelt sich vielmehr um einzelne Fragen, die richtunggebend sein sollen für unsere Arbeit. In Hand der Anträge ist es uns vielleicht möglich, diese einzelnen Fragen zu besprechen. Der Redner polemisiert dann gegen den Antrag von Berlin-Brandenburg und beleuchtet darin verschiedene Widersprüche, die nach seiner Meinung vorhanden sind.

Er fährt dann fort: Eine beachtenswerte Frage ist die der **Beitragsfrage**.

In verschiedenen Bezirken ist diese Parole durchgeführt worden. Aber dann so schlecht, daß es mehr abschreckend wie zur Nachahmung gewirkt hat. Wenn wir diese Parolen herausgeben, müssen sie gut vorbereitet werden.

Die Frage der Betriebsräte

Es auch schon angeschnitten worden. Bis jetzt sind wir mit unserer Arbeit bei ihnen auch noch nicht weit gekommen. Man hat den Betriebsräten große politische Aufgaben gestellt. Das wird auch in Zukunft sein müssen, aber darüber dürfen die Fragestellungen nicht vergessen werden. In der Betriebsrätebewegung liegt eine sehr große revolutionäre Kraft, wenn wir uns nur intensiver damit beschäftigen und sie für unsere Aufgaben nutzbar machen. Ich glaube wohl, daß allen Genossen klar ist, daß die Gewerkschaften nötig sind zur proletarischen Revolution. Deshalb müssen wir unsere geeigneten Kräfte für die Gewerkschaftsarbeit, trotz Überhäufung mit anderen Arbeiten, freimachen. Die Mitglieder, die ohne Zustimmung der Partei aus den Gewerkschaften austreten, müssen nach meiner Ansicht aus der Partei ausgeschlossen werden. Also, nicht allgemeine Fragen sind heute wichtig, sondern der Parteitag muß zu einzelnen praktischen Aufgaben Stellung nehmen: Zeilämpfe, Beitragsperrung, Betriebsräte usw. Wichtig ist auch ausgedrückt worden, muß vom Parteitag die Frage der Zeilämpfe.

Genosse Unfried

wendet sich scharf gegen die Parolen für Austritt aus den Gewerkschaften. Das sind keine guten Kommunisten, die, weil sie müde geworden sind, die Flinte ins Korn werfen.

Gen. Wehler hat bereits gesagt, daß die Arbeitsgemeinschaften ein burgfriedliches Abkommen mit den Nationalisten getroffen haben. Und gerade die Verbandsbürokratie im Landarbeiterverband ist so frustriert, daß sie die Interessen hunderttausender Landproletarier dabei opfern. Wir müssen uns einer beweglichen Saiten bedienen. Der deutsche Landarbeiterverband führt einen ungeheuren Kampf gegen die Kommunisten. Man kann ruhig sagen, der Landarbeiterverband ist die sozialdemokratische Partei auf dem Lande. Der ganze Apparat, die ganzen Gelder werden in den Dienst der Partei gestellt. Wenn die Genossen dort etwas erreichen wollen, muß sie bei allen Kämpfen der Landarbeiter praktisch eingreifen. Wir müssen dort die Reime des Faschismus ersticken, die gerade bei den Landarbeitern guten Nährboden finden. Dann werden wir auch dort gut vorwärts kommen.

Höcker-Galle

Gen. Reinhardt hat darauf hingewiesen, daß die Kommunisten verschiedenen Bezirken in den Gewerkschaften ihre Pflicht nicht getan haben. Dabei erwähnt er auch Halle-Merseburg. Reinhardt ist im Irrtum. (Redner geht auf die besonderen Verhältnisse im Bezirk ein und fährt fort.) Wir können in den letzten Monaten auf beachtenswerte Erfolge zurückblicken. Wir haben von 34 Ortsstellen des KOB 19 mit unseren Genossen besetzt. Wenn Sie bedenken, daß nach der Märzaktion alle Organisationen im Bezirk zerfallen waren, so müssen Sie zugeben, daß wir nicht schlecht gearbeitet haben.

Genosse Hecker im Schlusssatz

geht auf die verschiedenen Anträge und Anregungen ein. Er fordert, daß die Arbeit in den Gewerkschaften intensiver und einheitlicher als bisher gestaltet werden muß. Den Antrag Berlin-Brandenburg zur Gewerkschaftsfrage bittet er abzulehnen, da er widersprüchlich sei. Ein von der Gewerkschaftsabteilung vorgeschlagenes Manifest bittet er anzunehmen.

Wehler (persönliche Bemerkung): Durch die Ausführungen des Genossen Unfried kann der Eindruck entstehen, als wenn ich für den Austritt aus den Freien Gewerkschaften wäre. Wir von der Union der Hand- und Kopfarbeiter denken nicht daran, uns außerhalb der KOB zu stellen. Wegen Hecker habe ich zu bemerken, daß unsere Resolution nicht ein elendes Kompromiß darstellt. Wir wollen hier eine vernünftige Arbeitsbasis finden und nicht ohne Entschluß auseinander laufen, sondern einen Rahmen schaffen, wie wir uns zu den selbstständigen Organisationen zu verhalten haben.

Nach Schluß der Debatte über die Gewerkschaftsfrage wurde Antrag 12 der Gewerkschaftsabteilung gegen 1 Stimme angenommen, ferner einstimmig das Manifest zur Gewerkschaftsfrage.

Der Antrag der Gewerkschaftsabteilung

lautet:
1. Die Mitglieder der KOB sind verpflichtet, sich ihrer revolutionären Gewerkschaftsopposition anzuschließen.
2. Sie von dieser Opposition erhobenen Beiträge sind für die Mitglieder der KOB obligatorisch.
3. Die Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Gewerkschaftsopposition ist von den örtlichen Parteiorganen ständig zu kontrollieren.

Aus der Jugendbewegung.

Bezirkskonferenz der kommunistischen Jugend Deutschlands, Bezirk Schlesien.

Am Sonntag, den 24. Februar 1923 findet in Breslau, Nikolaistraße 49/50 unsere

Bezirkskonferenz

statt. Tagesordnung und Tagungsbeginn werden noch bekannt gegeben.

Die Ortsgruppen sind berechtigt, für je 20 Mitglieder einen Delegierten zu entsenden. Gültig ist die Mitgliederzahl, für die im Dezember und Januar bis zur Bezirkskonferenz die Pflichtbeiträge abgeliefert sind. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, mindestens einen Delegierten zu entsenden.

Genossen, Genossinnen! Es gilt Stellung zum 3. Weltkongress der kommunistischen Jugendinternationale und zum bevorstehenden Reichskongress zu nehmen. Das ist für alle Mitglieder von größter Wichtigkeit. Darum sorgt für gute Beschidung der Bezirkskonferenz. Ein Zentralmitglied wird Bericht vom 3. Weltkongress erstatten.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß jetzt als Pflichtbeiträge für Zentrale und Bezirk 6 Mark und 18 Mark an die Bezirkskasse (Postkontokonto Breslau 67595 Max Gläfer) abgeliefert werden müssen.

Die Bezirksleitung.

Aus der Partei.

An alle Ortsgruppen des Kreises Waldenburg.

Mit Riesenschritten schreitet die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihrem Ende entgegen. Wir, die Kommunisten, sind diejenigen, die die Verantwortung für den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung übernommen haben. Deswegen muß jeder von uns seinen Mann stellen und die ihm von der Partei angewiesene Arbeit pflichtbewußt erfüllen. Die Mitglieder der Kreisleitung haben die in den Sitzungen gefassten Beschlüsse in ihren Ortsgruppen sofort bekanntzugeben und für deren Durchführung zu sorgen. Die nächste Sitzung der Kreisleitung findet am Sonntag, den 11. Januar, im vereinbarten Lokale statt. Genossen! Der Genosse R. Schulz, Bärensgrund 24, bei Dittersbach, ist von der Kreisleitung beauftragt worden, die redigierten Genossen im Kreise zusammenzufassen, sowie auch die Referenten für Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen zu vermitteln. Jede Ortsgruppe ist verpflichtet, alle redigierten Genossen dem Genossen Schulz zu melden, mit Angabe der Themen, über die diese Genossen in der Lage sind zu referieren. Genossen, seid Kommunisten!

Die Kreisleitung Waldenburg.

Genoffin und Genoffe

! Wenn Du diese Zeitung gelehen hast, so werfe sie nicht weg, benutze sie auch nicht als Stullenpapier — sondern als Agitationsmittel. Sie ist Dir zu treuen Händen übergeben worden. Wenn Du nicht nur dem Namen nach klaffenbewußt sein willst, so gebe sie weiter.

schlage oder klebe die 1. Seite dieser Zeitung in Deiner Arbeitsstelle, an der Stätte Deiner Ausbeutung, gut lesbar und dauerhaft an.

Werbe für Deine Zeitung — für Deine Partei — für den Kommunismus.

Schlesische Rundschau.

Keine Werbebüros der Reaktion?

Der Breslauer Polizeipräsident teilt mit:

Die in den letzten Wochen umherschwirrenden Gerüchte über angeblich bestehende Werbebüros sind nachgeprüft worden und haben sich sämtlich als falsch erwiesen. Diejenigen jungen Leute, hauptsächlich Arbeitslose, die auf solche Gerüchte hin sich anwerben lassen wollten, sind polizeilich erfaßt und einzeln protokolllarisch befehrt worden, daß von irgendwelchen Anwerbungen keine Rede sein kann. Diese Maßnahme hat bereits die Zahl der sich Meldenden in zurechnenden Maße eingeschränkt. Immerhin erscheint es zweckmäßig, auch die breite Öffentlichkeit aufzuklären, um die durch die falschen Gerüchte erzeugte Unruhe zu beseitigen und um weiterhin junge Leute vor zweifelhafte Lockspulen Ketten und Zeitverlust zu bewahren.

Ein gutes Schlafmittel für den Spießer! Er kann sein aufgeregtes Gemüt beruhigen und festig schlummern in dem Bewußtsein, daß die Polizei auf der Hut ist und ihr Präsident selbst festgestellt hat, daß in Schlesien keine reaktionären Werbebüros bestehen. Die Proletarier aber, die alle Bewegungen der Reaktion mit anderen Augen verfolgen, als die hohe Polizei, wissen, daß die Reaktion am Werke ist, ihre Formationen zu sammeln und neue zu bilden. So bloß sind die Reaktionäre freilich auch nicht, daß sie ihre Büros neben den Wurstbuden auf dem Ring zu Breslau aufschlagen.

Die Proletarier Schlesiens werden weiter die reaktionäre beobachten und gemeinsam mit ihren Brüdern im Reich das Ziel der Reaktionäre, einen Faschistenputsch in Deutschland, verhindern.

Richtshofen der Vaterlandsreiter!

Die letzte Nummer des Landbundes vom 27. Januar 1923 legt ein beredtes Zeugnis von der „Vaterländischen Gefinnung der schlesischen Junker“ ab. An der Spitze steht ein Aufruf ihres Königs, des bekannten Demagogen Richtshofen. Er brüllt: „Das Ziel des Feindes ist unser geliebtes Vaterland zu vernichten, und das verbrecherische Wort Clemenceaus: „20 Millionen Deutsche sind zu viel“, zur Tat werden zu lassen.“ Gemach! Am 31. Januar 1922 war Landbundtag! Am 3. März 1922 auch! Was hat dieser Mann damals erklärt? „Ein Morgen Land ernährt einen Menschen. Wer hier nicht seine Pflicht erfüllt, der tötet einen Deutschen!“ Im Jahre 1920 lagen 12 Millionen Morgen Land brach! Im Jahre 1921 — noch 9 Millionen! Ob dieser Vaterlandsreiter bei seinen Worten an die hungernden Proletarier dachte? Ob ihn dabei die gestorbenen Mütter und Säuglinge, die Folgen der Wirtschaftsabotage und des Wuchers deutscher Junker vor Augen schwebten!

Herr Richtshofen! Sie sagten, vor einem Jahre im Breslauer Konzerthaus:

„Uns kann es gleich sein, ob der Zentner Roggen 300 oder 3000 Mk. kostet.“

Unangenehm! Wir sind unbehagliche Mahner. — Ja, es mag nicht schön, nicht angenehm sein, jetzt daran erinnert zu werden! Doch wir vergessen nie so eindeutige Geständnisse von Junkern, die das vaterländische Herz auf den Lippen tragen! Das Wort eines „Barons“, der der Häuptling der Großgrundbesitzer ist, der brutal den Proleten mit seinen Worten sagt: Ihr könnt verhungern, denn das ist der Inhalt meiner Worte! Heute fordert er auf, Lebensmittel für das Ruhrgebiet abzuliefern! Heute geben sie „gerne“, die Großgrundbesitzer! Sie haben ja durch die Erhöhung des Preises für Umlagegetreide, durch Wucher mit den anderen Lebensmitteln, durch Beteiligung an großen Industriekonventionen so viel verdient, daß sie jetzt Almosen geben können! Und sie verdienen neue Milliarden durch den Marktfuß! Der Dollar 47 000! Ja, da kann man gut Al-

mosen geben! Die Geschäfte gehen gut! Nicht wahr Herr Richtshofen? Die Proleten hungern, die Gewerkschaftsführer sammeln um vielleicht Getreide von den Junkern fürs Ruhrgebiet zu kaufen!

Der Krieg ist ein Geschäft! sonst läßt man die Finger davon! — Die vaterländische Pflicht heißt verdienen, nur Kommunisten und Proletarier verstehen das nicht.

Milch ist nicht für Säuglinge zu kaufen, Brot ist unerschwinglich! Butter und Fleisch ist Luxus für Proleten! — Die Junker verdienen wie die Schwerindustrie Milliarden. Die Ausbeuter fahren in Autos und Gaswagen! Sie wohnen in Villen und Schlössern. — Die Arbeiter hungern. — Wie lange noch?

„Das Vaterland über alles“ brüllt der Chor der Ausbeuter, rufen die Richtshofen! „Die Entente mordet die Kinder!“

Proletarier seht Euch um? Morden sie nicht täglich Eure Kinder, Eure Brüder? Drüben und hier! in Frankreich und in Deutschland!

Vaterländische Pflicht heißt Geschäfte machen! heißt verdienen. Für die Proletarier aber: Hunger und Frieren! Wann rafft Ihr Euch auf?

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Ein sauberer Gewerkschaftsvertreter der Bauarbeiter.

Man schreibt uns:
Der dauernden Preissteigerung zufolge stehen die Bauarbeiter und Zimmerer Breslaus wiederum in Lohnverhandlungen mit dem Unternehmertum. Betreffs einer Vorbesprechung über die aufzustellenden Forderungen hatte der Bauarbeiterverband und der Verband der Zimmerer am Mittwoch, den 31. Januar, eine Sitzung der Rohntommission ins Gewerkschaftshaus einberufen. Bei der Sitzung waren der Gauleiter des Bezirks Schlesiens, Köstler, von der Ortsverwaltung Breslau Weiß und Weiß und 6 Delegierte der arbeitenden Kollegen anwesend. Es wurde beschlossen, daß Gauleiter Köstler die diesmaligen Forderungen vor dem Bezirkslohnamt begründen und vertreten sollte. Die Delegierten der Arbeiterschaft wurden sich dahin einig, der dauernden Preissteigerung zufolge eine Lohnerhöhung von 100 Prozent aufzustellen und zu fordern.

Der Gauleiter Köstler empörte sich über eine derartig hohe Forderung mit der Begründung, eine solche Lohnforderung vor dem Bezirkslohnamt niemals vertreten zu können. Seines Geschichtens nach sei eine Lohnerhöhung von 50 Prozent ausreichend genug. Er lehnte es deshalb ab, vor dem Bezirkslohnamt die Begründungsrede für die gerechte Forderung zu halten. Ein Vertreter der gelben Gewerkschaft (Gottschall) zeigte mehr Mut als ein Vertreter der freien Gewerkschaft und hielt vor dem Bezirkslohnamt die Begründungsrede auf der Grundlage der geforderten 100 Prozent.

Kollegen! Bauarbeiter in Breslau und Provinz, seht euch eure Führer an!

Ein Köstler ist zu feige, eure gerechten Forderungen zu vertreten und versteckt sich deshalb hinter einen Vertreter der gelben Gewerkschaft. Klar und deutlich ist daraus ersichtlich, daß auch dieser Köstler ein Büttel der Unternehmer und Kapitalisten ist. Kollegen in Stadt und Land, unsere Forderung muß sein: hinweg mit solchen Verrätern, die uns immer tiefer in Not und Elend hineinführen. Ein Bauarbeiter.

Anmerkung der Redaktion: Das Verhalten des Gauleiters Köstler spricht Bände. Er bezeichnet trotz des völlig entwerteten Lohnes eine Zulage von 100 Prozent als zu hoch und muß sich von einem Vertreter der Gelben beschämen lassen. Es ist hohe Zeit, daß die Arbeiterschaft der anderen Berufe dem Beispiel der Bauarbeiter folgend sofortige zeitgemäße Aufbesserung der Löhne fordert und die Gewerkschaftsangehörigen zwingt, für die Forderungen einzutreten. Wenn die Vorkatzen aber ebenso zartbejant sind, wie Herr Köstler und es nicht verantworten können, 100 Prozent zu fordern, dann sollten sie endlich die Konsequenzen ziehen und anderen die Verantwortung überlassen.

Wenn die Herren vom Schläge des Herrn Köstler erst einmal gezwungen würden die Bürokratie wieder mit der Arbeit im Hinblick zu vertauschen, wenn sie gezwungen wären mit diesen Hintergläsern ihre Familien zu ernähren, dann würden sie sehr schnell die Notwendigkeit einer 100prozentigen Lohnerhöhung begreifen.

Die Breslauer Bauarbeiter werden sich hoffentlich um ihre Verhandlungsinteressen mehr kümmern als bisher und ihrem Gauleiter deutlich zu verstehen geben, daß er das Vertrauen der Kollegen nicht mehr besitzt.

Die Bergarbeiter in Gottesberg gegen Ueberstichten.

Am Mittwoch fand im Hotel „Guld am“ eine Delegiertenversammlung der „Schlesischen Kohlen- und Koks-Verie“ statt, welche Stellung zu dem Ueberstichtenbenahmen nahm. Kamerad Wignmann vom Bergarbeiterverband referierte über die neue Wirtschaftskrise, hervorgerufen durch die Besetzung des Ruhrgebietes. Er appellierte leider nicht an die Solidariät der Arbeiter im Kampf gegen das Kapital, sondern er appellierte an die nationalen Instinkte und betonte, daß wir jetzt nicht als je ein einzig Volk von Brüdern sein müssen. Kollege Wignmann empfahl den Kollegen, insolge der durch die Ruhrbesetzung hervorgerufenen Krise Ueberstichten zu leisten. Der Versammlungsleiter Brandel erwachte nach dem Referat des Kolleg. Wignmann, daß unser Werk im Weiter nicht maßgebend sei und andere Zeichen schon Ueberstunden angenommen hätten. In der darauf folgenden Diskussion erklärte sich Hirsch und Küten natürlich für die Annahme der Ueberstunden. Unser Genosse Vogt sprach als erster gegen die Ueberstunden. Er wies darauf hin, daß der im Ruhrgebiet tagende Betriebsratkongress Kampf gegen jeden nationalistischen Krieg, Abzug der Besatzungstruppen, Sturz der Cuno-Regierung, Bildung einer Arbeiterregierung, Bewaffung der Arbeiterschaft und Einführung der Sechsstundenschicht gefordert habe.

Genosse Wismald wandte sich ebenfalls gegen die Ueberstunden und die damit verbundene Durchbrechung des Achtstundentages, eine der letzten Errungenschaften der Revolution. Man könne auch keinerlei Gewähr geben, wie lange denn Ueberstunden verfahren werden sollen, es könne sich um Wochen, um Monate und um Jahre handeln. Nicht einmal im Reich seien Forderungen mit Ueberstunden verteidigt worden. Er forderte die Kameraden daher auf, gegen die acht Stunden zu kämpfen und erstete demonstrativen Widerstand. Es sprachen noch einige Diskussionsredner gegen die Ueberstunden. Abschluß wurde eine von unseren Genossen eingebrachte Resolution, die sich gegen die Ueberstunden ausdrückte, einstimmig angenommen.

Ein Zusatzantrag von Kamerad Stenzel, die Resolution in den Zeitungen, namentlich auch in der „Vergewalt“ zu veröffentlichen, fand ebenfalls Annahme. Nach der Annahme sprach sich selbst ein SPD-Funktionär gegen die acht Stunden aus und erklärte, daß man den ausbeuterischen, ausgebeuteten Bergarbeitern nicht noch Ueberstunden zunutzen kann. Kamerad Stenzel forderte ferner, daß die Sechsstunden-Schicht eingeführt werden soll. Kamerad Wismald forderte die Anwesenden auf, dem Verband die Kreuze zu halten.

Anmerkung der Redaktion:
Infolge außerordentlich großen Raummangels konnten wir obigen Bericht nur verkürzt und mit einigen Tagen Verspätung veröffentlichen.

